

Es gilt das gesprochene Wort!

Grußwort des

Generalsekretärs der Kultusministerkonferenz

Udo Michallik

anlässlich der Präsidenschaftsübergabe 2020 im Bundesrat

am 16. Januar 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig,

sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Dr. Alexander Lorz,

sehr geehrte Frau Bundesministerin Anja Karliczek,

sehr geehrter Herr Dr. Kleemann,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

Seien Sie alle herzlich willkommen zur Übergabe der Präsidentschaft in der Kultusministerkonferenz im Jahr 2020!

Ich begrüße die Damen und Herren Abgeordneten der Landtage und des Bundestages, die Damen und Herren Minister der Länder und des Bundes, die Damen und Herren Amtschefs der Länder und des Bundes, die Exzellenzen und Vertreter der ausländischen Botschaften in Berlin, die Damen und Herren Präsidenten, (Kolleginnen und Kollegen) Generalsekretäre und Vorsitzende und Vertreterinnen und

Vertreter von Verbänden und Gewerkschaften sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Mein besonderer Dank gilt heute wieder unserem Gastgeber, der Länderkammer, dem Bundesrat. Herr Dr. Kleemann vielen Dank Ihnen und Ihren Mitarbeitern für die offene und herzliche Gastfreundschaft hier in unserer Länderkammer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute wieder so zahlreich bei der Präsidentschaftsübergabe der Kultusministerkonferenz zum Beginn des neuen Jahres begrüßen zu dürfen.

Dieses Ereignis hat bei vielen von Ihnen bereits einen festen Platz im Kalender, denn er ist ja ebenso der Neujahrsempfang der föderalen Bildungsgemeinschaft in Deutschland.

Der Start in die neue Präsidentschaft, die Reflexion des abgelaufenen Jahres, der Ausblick in das neue Jahr, bietet viele Anlässe, ins Gespräch zu kommen, sich für das Jahr zu verabreden, Projekte zu denken und zu formen.

2019 war ein sehr bewegtes und arbeitsreiches Jahr. Nicht, dass die vorangegangenen Jahre weniger arbeitsreich waren. Das mag ich nun wahrlich nicht behaupten. Aber dieses Jahr war anders. Das mache ich fest an der Grundsätzlichkeit der Diskussionen, die in und mit der KMK in diesem Jahr geführt wurden.

Denke ich an viele Ereignisse zurück, so mag ich gar nicht glauben, dass all dies 2019 passiert ist. Und ich musste mich mehrfach bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei denen ich mich ausdrücklich für das in diesem Jahr Geleistete bedanken möchte, vergewissern, dass all dies in einem, in diesem Jahr abgearbeitet wurde.

Oder lassen Sie es mich so fassen: 2019 war vor allem dadurch geprägt und bestimmt, dass dieses Jahr in der 70-jährigen Geschichte unseres Grundgesetzes vor allem eines war, in dem eben nach den 70 Jahren Grundgesetz eines der wertvollsten Güter unseres Staatswesens

eine neue Kalibrierung erfuhr, eine neue Standortbestimmung und Selbstvergewisserung. Die Kulturhoheit der Länder als wesentliches Charakteristikum der föderalen Struktur unseres Landes bestimmte die bildungspolitischen Schlagzeilen dieses Jahres. Vom Anfang bis zum Ende. Ich mag nicht wörtlich Jefferson als Zitat bemühen, aber in weiter Anlehnung an ihn empfand ich persönlich diese Debatte als eine notwendige, eine die von Zeit zu Zeit **genauso** intensiv geführt werden muss. Denn wir haben in den letzten Jahren ebenfalls (dazu) gelernt, dass nichts selbstverständlich ist:

Weder unsere parlamentarische Demokratie, noch die Freiheit und schon gar nicht der Föderalismus als das Ordnungsmerkmal des deutschen Staates nach der Katastrophe des 2. Weltkrieges. Und so haben wir gerungen. Mit uns selbst und mit der Bundesregierung und dem Bundestag. Wir haben gerungen als Ländergemeinschaft hier im Bundesrat zu Beginn des Jahres, als der Bundestag meinte, den Ländern im Rahmen des Digitalpaktes den umfassendsten Eingriff in die föderale Ordnung seit Bestehen des Grundgesetzes für gerade einmal 5 Milliarden Euro des Digitalpaktes abkaufen zu können.

Im Vermittlungsausschuss haben die Länder das selbstbewusst verhindert. Der Digitalpakt kam trotzdem und die Ordnung wurde aus Ländersicht gewahrt. So ging das Jahr 2019 los. Und es hörte damit auf, dass am Ende des Jahres 2019 einige Bundesländer erklärten, das Projekt „Nationaler Bildungsrat“ nicht mehr weiter zu verfolgen.

Gleichwohl, und das Grundgesetz ist keine Einbahnstraße: Es wird auch 2020 die große Aufgabe der Länder in der Kultusministerkonferenz sein, alle Anstrengungen zu unternehmen, um im Rahmen dieser wohl überlegten Ordnung den Bürgerinnen und Bürgern

deutlich zu machen, dass diese Ordnung funktioniert und von den Ländern ausgefüllt wird.

Was mich zunehmend beschäftigt ist die Tatsache, dass wir alle aus verständlichen Gründen – und warum das so ist, können wir bei Niklas Luhmanns Systemtheorie nachlesen – in unseren eigenen Systemlogiken gefangen sind. Die Fragmentierung der Systeme und der ihr eigenen Logiken ist aus meiner Sicht ein Grund dafür, warum wir alle in der Bildungspolitik ein Bild abgeben, das beim Bürger zu einem kritischen Urteil über den Bildungsföderalismus führt.

Die Ordnung ernst nehmen, einander ernst nehmen, sich auf einen konsistenten aufeinander abgestimmten Weg in der Bildungspolitik zu begeben, das erscheint mir aus der Beobachtung anderer Bildungssysteme ein Erfolgsfaktor zu sein.

Und wenn ich das so sage, dann vor allem getrieben durch eine Zuspitzung, die wir über die Feiertage zur Kenntnis nehmen mussten. Wir leben ja alle von Zuspitzungen.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir in der Öffentlichkeit von „Verbrechen an Kindern“ sprechen, dann müssen diejenigen, die diese Verbrechen begehen, semantisch gesehen Verbrecher sein. Wem hilft diese Art der Rhetorik?

Die Länder sind sich der Herausforderung bei der Bedarfsdeckung von Lehrkräften und Erziehern sehr wohl bewusst. Alles andere wäre ja völlig irrational. Personalplanung gerade im Schulbereich, das wissen wir alle aus langjähriger Erfahrung mit den sogenannten Schweinezyklen, ist eine komplexe Angelegenheit. Bei aller gegenwärtigen Aufregung darum, sollten wir das nicht ignorieren.

Keine Entschuldigung, keine Ausrede. Klar ist auch, dass die Schuldenbremse von Bund und Ländern und die damit verbundenen Sparkurse in den Ländern einen großen Teil der heutigen Probleme mit verursacht haben. Nur zur Illustration: In meiner Amtszeit als Staatssekretär in Mecklenburg-Vorpommern wurden im Rahmen des Landespersonalkonzeptes 10.000 Stellen eingespart. Davon waren die Hälfte der Stellen Lehrerstellen. Das hat Folgen für Kapazitäten bei Einstellungen und bei der Ausbildung. Diese Folgen lassen sich nicht von heute auf morgen kompensieren.

Alles Klagen hilft nicht. Wir brauchen für die heutigen Schülerinnen und Schüler Antworten. Insofern sind Konzepte gefragt, wie wir die sogenannten Seiten- und Quereinsteiger a) gewinnen und b) so ausbilden, dass sie unseren Ansprüchen an Bildungsqualität gerecht werden. Und genau an dieser Stelle handeln die Länder und wir reden darüber in der KMK, systematisieren und harmonisieren das Vorgehen.

2019 haben sich wieder viele über das Abitur aufgeregt. Auch so ein Symptom öffentlicher Diskussion in Deutschland.

Alle doof, weil die Aufgaben zu leicht sind, sagt man das eine Mal, dann wieder alle doof, weil die Aufgaben zu schwer sind. Soziale Netzwerke empören sich, Likes und Follower in Größenordnungen und Altersgruppen, die altersbedingt kein Abitur gemacht haben und schon längst nicht mehr zur Schule gehen. So können wir keine Ordnung wahren, wenn das der Maßstab politischen Handelns werden sollte. Und ich bleibe dabei: Die Länder sind mit dem Abituraufgabenpool sehr weit gekommen. Auch dieses System kann nicht von heute auf morgen so ohne weiteres umgekrempelt werden. Aber wir, die KMK, krepeln um.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2017 zur Medizin-
zulassung hat diesem Prozess noch einmal eine neue Dynamik
verliehen. Die Wissenschaftsseite in der KMK bereitet 2018 einen
Staatsvertrag zur Medizinzulassung vor und die Länder haben diesen
Anfang 2019 verabschiedet. Das setzt Maßstäbe, weckt Erwartungen
über den konkreten Fakt der Medizinzulassung hinaus. Diese zu
erfüllen ist nicht nur eine rechtliche Frage, sondern eine zutiefst
bildungspolitische, wenn wir uns alle darüber einig sind, dass das
Abitur weiterhin als Hochschulzugangsberechtigung gelten soll und

nun wird es spannend: den Abiturienten die Hochschulreife bescheinigt.

Auch das ruft eine Frage hervor, der wir uns bildungspolitisch stellen müssen: In der öffentlichen Diskussion gewinnt man den Eindruck, dass das Gymnasium die einzige Schulform dieses Landes ist und das Abitur der einzige Schulabschluss. Um nichts in dieser Republik wird intensiver gestritten und debattiert als über das Gymnasium und das Abitur. Bildungserfolg wird daran gemessen, wie viele Schülerinnen und Schüler das Gymnasium besuchen und das Abitur erlangen.

Die OECD macht dort fleißig mit und definiert es als sozialen Abstieg, wenn ein Kind von Akademikern eine Berufsausbildung macht und Facharbeiterin oder Facharbeiter wird. Mit der gleichen Intensität, mit der wir uns derzeit um das Abitur und die gymnasiale Oberstufe bemühen – in der KMK und in der Öffentlichkeit –, müssen wir uns künftig um die Primarstufe und die Sekundarstufe 1 bemühen.

All das ist auch Gegenstand der Diskussion zwischen den Ländern hinsichtlich einer Fortschreibung des Hamburger Abkommens, zu einem neuen Vertrag zwischen den Ländern und hier nehme ich mal den vollen Wortlaut des Hamburger Abkommens zu Hilfe, das da heißt: „Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch die KMK ist in Bewegung. 2019 hat sich erstmalig die Kultur-Ministerkonferenz konstituiert.

Ein aus meiner Sicht gelungenes Experiment, wenn man das nach einem Jahr und zwei Sitzungen so sagen darf und kann. Ich habe diese Kultur-Ministerkonferenz als einen sehr lebendigen Ort der kulturpolitischen Debatte erlebt. Nicht nur, dass hier ein ernstzunehmendes kulturpolitisches Pendant zur Kulturstaatsministerin beim Bund entstanden ist, vielmehr wird sichtbar, dass die Mehrzahl der kulturellen Institutionen in der Verantwortung der Länder und Kommunen sind und Geld nicht immer (ein wichtiger) der ausschließliche Faktor kulturpolitischen Engagements ist.

Der Umgang mit dem kolonialen Erbe oder der Umgang mit Raubkunst und der damit verbundenen Provenienzforschung, die Neuausrichtung der Kulturstiftung der Länder sind nur einige Beispiele für ein neues Zusammenwirken und gemeinsamen Auftretens der Länder in der Kulturpolitik auf höchster Ebene.

In der Wissenschaftspolitik wird es in diesem Jahr darum gehen, die Universitätsmedizin zukunftsfähig aufzustellen. Ich brauche in diesem Kreis nichts darüber zu sagen, welche Bedeutung Forschung und Lehre für unser Gesundheitswesen haben. Wir haben eines der fortschrittlichsten Gesundheitssysteme der Welt.

Damit das so bleibt, müssen wir bei allen Erwartungen, die wir an dieses forschungsgestützte Ausbildungssystem haben, auch die Finanzierung sicherstellen. Universitätskliniken sind immer Krankenhäuser der Maximalversorgung. Hier landen die komplexen und schweren Fälle, die aber nicht durch das Finanzierungssystem des Gesundheitssystems abgedeckt sind. Auch wenn die Universitätskliniken aufgrund ihrer Spezifikation nicht der Verantwortung der Gesundheitsministerien der Länder unterliegen, sondern den Wissenschaftsministerien, darf sich weder das eine, noch das andere System starr an

seine Systemlogik klammern. Das wäre am Ende ein Schaden und Scheitern für alle.

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass wir über die Lehrerbildung an unseren Universitäten offen diskutieren müssen. Es ist keine Frage, dass wir den Anspruch aufrechterhalten, die Qualität, die fachliche und die pädagogische Qualität der Lehramtsausbildung hoch zu halten. Dabei sollten gleichwohl aber auch Fragen gestellt werden können, die da lauten, ob eine zweiphasige Lehramtsausbildung noch zeitgemäß ist, wie wir gegebenenfalls den Berufseinstieg und die Erstausbildung verändern und in welchen Strukturen.

Die KMK hat gerade exemplarisch am Fach Mathematik Ende vergangenen Jahres in einem Workshop festgestellt, dass es sowohl aus fachlicher und aus der Sicht der Abnehmer, der Länder und der Schulen, Handlungsbedarfe gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein kleiner internationaler Ausblick: Mit dem Präsidenten des vergangenen Jahres waren wir in Finnland und Schweden. Abgesehen davon, dass Schweden unter einem vergleichbaren Lehrermangel leidet – Schweden sucht 70.000 Lehrkräfte – gibt es hier und da Denkanregungen im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen

anderer Staaten, die durchaus übertragbar wären. Ob es ein grandioses Projekt aus Helsinki ist, in dem 6-Klässler an einem Tag Berufsorientierung in einem Planspiel erfahren oder die Art und Weise, wie die schwedische Nationalagentur für Bildung Lehrerfortbildung für die Nutzung digitaler Medien im Unterricht durchführt. Wir sparen Zeit und Ressourcen, indem wir hinschauen, im Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen herausfinden, was dort schon gut gemacht wird. Manchmal ersparen wir uns die Fehler, die an anderer Stelle schon einmal gemacht wurden.

Daher appelliere ich auch an den Bund, den Ländern den Zugang zu internationalen Konferenzen eher zu öffnen, als im Beharren auf die außenpolitische Vertretungskompetenz die Länder hier quasi von der Globalisierung abzuhalten. In den letzten Jahren ist es uns Ländern gelungen, im Ausland das Verständnis für die Funktion des deutschen Bildungssystems zu wecken und die KMK als den Partner in Bildungsfragen in Deutschland anzubieten. Wir haben mühsam in den vergangenen Jahren an dieser Stelle viel aufbauen können.

Wenn ich nur an den viel beachteten, gemeinsam von Stiftungen und Ländern 2016 organisierten International Summit on the Teaching Profession von OECD und Education International erinnere. Solche Konferenzen sind nur bedingt außenpolitisch relevante Plattformen, aber unheimlich wichtig für Netzwerke und Erfahrungsaustausche. Machen wir es wie die Schweiz oder Kanada, die mit ihren jeweiligen föderalen Institutionen, unseren Schwesterverbänden CMEC und EDK, entsprechende Absprachen getroffen haben und eben diesen Austausch ohne weiteres möglich machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich möchte diese Gelegenheit nutzen und meinen herzlichen Dank für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen, lieber Prof. Lorz, und Ihrem Team im vergangenen Jahr aussprechen. Sie hatten das Privileg, mit einem 12-jährigen Erfahrungsschatz Ihres Wirkens in der KMK sowohl auf der Wissenschaftsseite, als auch auf der Schulseite die KMK in hervorragender Weise zu orchestrieren. Mit Ihrem Schwerpunktthema „Bildungssprache Deutsch“ haben Sie einen besonderen Akzent in der Bildungsdebatte gesetzt, der mit großer Sicherheit nachhaltig Wirkung erzielen wird.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Dr. Hubig, ich freue mich ausgesprochen auf dieses Jahr Ihrer Präsidentschaft, der Präsidentschaft Rheinland-Pfalz. Ich freue mich auf eine Präsidentschaft, die gemeinsam mit dem Sekretariat der KMK die von mir beschriebenen Fragen und viele andere voranbringen wird. Vor 16 Jahren war es die Präsidentschaft von Rheinland-Pfalz unter Ihrer Vorgängerin und heutigen Kollegin Doris Ahnen, die schmerzhaft personelle Eingriffe in das Sekretariat und in die Strukturen der KMK auf Geheiß der Ministerpräsidentenkonferenz umsetzen musste.

Es war damals Niedersachsen gewesen, das Anstoß gegeben hatte zu diesen strukturellen Veränderungen, die wir heute mühsam beheben, weil die Herausforderungen ungemein gewachsen sind und ländergemeinsames Handeln viel stärker gefordert ist, als noch vor 16 Jahren. Gremienreduzierungen, Veränderungen des Sitzungsturnus, personelle Einschnitte im Sekretariat. Sie, Frau Hubig, habe ich bisher als Vizepräsidentin anders erlebt. Unter anderem haben Sie sich sehr dafür stark gemacht, dass der politische Austausch in der KMK gestärkt wird, dass wir uns lösen vom strengen eintägigen Sitzungsturnus und einer zunehmenden Technisierung der Debatten.

In einer langen Kette von Versuchen seit Stephan Dorgerloh haben wir es wieder geschafft, die KMK wieder zu einem Ort lebendiger Debatten zu machen.

Im Jahr der deutschen Ratspräsidentschaft haben Sie selbstredend die Europabildung zu Ihrem Thema gemacht. Ein Thema von außerordentlicher Aktualität. Hierbei haben wir schon darüber diskutiert, wie wir Europabildung vor allem außerhalb des Gymnasiums viel stärker zur Geltung bringen, wie wir die neue Programmgeneration von ERASMUS plus für die Schulen besser zugänglich machen können. Das Thema ist sehr breit aufgestellt.

In diesem Kontext ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die KMK zusammen mit dem Zentralrat der Juden und den Beauftragten der Länder im Kampf gegen den Antisemitismus eine Empfehlung erarbeiten wird, wie wir mit antisemitischen Erscheinungen an und in Schulen künftig umgehen können. Respekt und Toleranz, aber gerade deswegen ist Europa und das Erleben von Europa so wichtig, um Anderssein und andere Kulturen erlebbar zu machen. Viele Dinge greifen hierbei tagtäglich ineinander. Ich freue mich sehr auf diese Debatten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die künstlerische Begleitung erfolgt heute durch das Kammerorchester des Carl-Bosch-Gymnasiums aus Ludwigshafen. Gleichzeitig möchte ich auch die AG Friedenserziehung der Hermann Gmeiner Realschule Plus aus Daaden begrüßen, die Frau Staatsministerin Hubig heute aus Rheinland-Pfalz mit nach Berlin gebracht hat. Mit ihrem Projekt „Friedensglocke, Frieden – Freiheit - Freundschaft – Wir sind Europa“ unterstreicht diese Schule nachdrücklich die Bedeutung des Schwerpunktthemas von Rheinland-Pfalz in diesem Jahr.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bleibt mir jetzt an dieser Stelle nur noch in bewährter Weise allen Partnern der KMK Dank zu sagen für das Vertrauen, das Sie der Konferenz und ihrem Sekretariat in den vergangenen Monaten entgegengebracht haben!

Allen Kritikern der KMK möchte ich ebenso ausdrücklich Dank sagen. Sie öffnen den Blick über die Routine des Alltags hinaus, geben durch Ihre Kritik Anregung, Ideen und Impulse. Das möchte ich gerne gewahrt wissen.

Ich wünsche uns allen nun eine informative Gesprächsrunde und anschließend anregende Gespräche.